

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1956

30/J

Anfrage

der Abgeordneten Giegerl, Herke, Haberl und Genossen
 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
 betreffend die Notlage der kleinen Bergbaubetriebe Österreichs.

- - - - -

Die kleinen Bergbae: Österreichs, sowohl auf Kohle und andere Produkte, wie Talkum etc., befinden sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. In der letzten Zeit wurde die wirtschaftliche Situation dieser Betriebe katastrophal, sie schulden zum Teil den Arbeitern die Löhne, den Kranken- und Pensionsversicherungsträgern die Sozialversicherungsbeiträge, den Lieferanten für die gelieferten Betriebsmittel die Kaufsummen.

So z.B. schulden die Tauchener Kohlenindustrie, die Firma Pototschnig für Jaunthal und Schwanberg, der Betrieb Statzendorf, die Gewerkschaftsunion Gaming, die Höfleiner Steinkohlenindustrie, die Firma Schmidt, die Ilzer Kohlenwerke der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues allein rund 4 Millionen Schilling an Sozialversicherungsbeiträgen.

Die Ursache der Verschuldung liegt in der Tatsache, daß den Betrieben einerseits die Investitionsmittel in nicht genügendem Ausmaß zur Verfügung standen, andererseits eine Deckung der Gestehungskosten, auf kurze Betriebszeit gesehen, nicht erreichbar war, da die erforderlichen, für den Betrieb lebensnotwendigen Investitionen aus den Verkaufserlösen getätigt wurden. Diese Umstände sind dem Ministerium für Handel und Wiederaufbau bekannt, da verschiedentlich Verhandlungen allerdings bisher mit negativem Erfolg geführt werden.

Da die kleinen Kohlenbergbaue zusammengenommen doch Tausende von Tonnen Kohle an die Wirtschaft liefern, örtlich gesehen wirtschaftliche Bedeutung in Form der Beschäftigungsmöglichkeit haben, würde die Stilllegung dieser Betriebe für immer von Bedeutung sein.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

Anfrage:

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um den kleinen Bergbaubetrieben die weitere Existenz zu ermöglichen und hunderten Beschäftigten ihren Arbeitsplatz zu erhalten?

- - - - -